

Presseausendung | 20.12.2018

EU-Verbot von Einwegplastik: Wie Umweltargumente zu Protektionismus führen

Die EU-Kommission plant verschiedene Kunststoffprodukte zu verbieten, darunter etwa Einweggeschirr sowie Trinkhalme. Das trifft primär Importe aus Asien und ebnet gleichzeitig den Weg für europäische Anbieter gleichartiger Produkte aus Pappe und Fasern. Deren Erfolg war bisher eher bescheiden. Eine aktuelle Marktanalyse von KREUTZER FISCHER & PARTNER.

[05.07.2018 | Wien] Ursprünglich wollte die Europäische Kommission überhaupt gleich eine „Plastik-Steuer“ einführen. Für jeden nicht wiederverwerteten Kilo Kunststoffmüll sollten 80 Cent ins EU-Budget fließen. Doch dagegen gab es aus einigen Mitgliedsländern bekanntlich massiven Widerstand. Nun ventiliert man eine Idee mit der man zumindest die vermeintlich umweltrelevanten Aspekte einer Vermeidung von Kunststoff retten will. Geplant ist das Verbot von fünf Produktgruppen, weitere fünf sollen stark reguliert werden. Zu den künftig möglicherweise verbotenen Kunststoffprodukten zählen neben Wattestäbchen mit Kunststoffhalmen und Haltern für Luftballons auch Einweggeschirr, Trinkhalme und Getränkeührstäbchen aus Plastik.

Der europäische Markt für Einweggeschirr (inklusive Besteck und Getränkeührstäbchen) und Trinkhalme lag im Jahr 2017 bei rund 350 Millionen Euro. In den letzten drei Jahren wuchs der Markt jährlich um etwas mehr als zwei Prozent pro Jahr. Rund 83 Prozent des Marktes entfielen im vergangenen Jahr auf Kunststoffprodukte. Etwa zwei Drittel davon kamen aus Asien, hauptsächlich von den Philippinen. Produkte aus Pappe, Waben und Fasern werden indessen nahezu zur Gänze in Europa hergestellt. Die wichtigsten Anbieter kommen aus Deutschland. Allerdings hielt das Segment Pappe/Fasern zuletzt nur einen Marktanteil von erlösseitig 17 Prozent, obgleich es preislich deutlich höher angesiedelt ist. Bezogen auf die Nachfrage lag der Marktanteil bei unter zehn Prozent. Noch im Jahr 2015 wuchs das Segment Pappe/Fasern mit fünf Prozent gegenüber Vorjahr rascher als der Gesamtmarkt, mittlerweile ist die Dynamik aber deutlich abgeflacht. In den beiden letzten Jahren gab es gegenüber Kunststoff keine Marktanteilsgewinne mehr. Bei Umsetzung der EU-Verordnung hätte man auf einen Schlag wieder freie Fahrt. Inwieweit dieser Umstand die Entscheidung der Kommission bei der Erstellung der Verbotliste beeinflusste ist ungewiss. Tatsache ist, dass in der Vergangenheit immer wieder Richtlinien und Verordnungen auch aus einem wirtschaftspolitischen Blickpunkt getroffen wurden. Denn Protektionismus ist der EU grundsätzlich nicht fremd. Auch wenn man zur Zeit in dieser Sache vor allem gegen die USA wettet.

Studiendesign:

Die Marktanalyse wurde von KREUTZER FISCHER & PARTNER im Juni 2018 auf eigene Initiative hin durchgeführt. Alle publizierten Daten entstammen einer Primärerhebung bei den wichtigsten europäischen Anbietern und wurden soweit möglich mit Daten der öffentlichen Statistik evaluiert.

Alle Angaben ohne Gewähr.

Zeichen: 2.276 (ohne Leerzeichen)

Für weitere Informationen:

Besuchen Sie bitte unsere Homepage www.kfp.at oder kontaktieren Sie uns gerne persönlich.

Ansprechpartnerin: Sabine Hengster

Tel.: +43 1 470 65 10-11 | Email: sh@kfp.at

Über KREUTZER FISCHER & PARTNER

KREUTZER FISCHER & PARTNER ist ein Beraternetzwerk mit Büros in Wien, Hannover und Berlin. Seit mehr als 25 Jahren unterstützt KFP Unternehmen in der Marktanalyse, dem Business Development und in M&A-Projekten. Öffentliche Auftraggeber berät KFP bei der Evaluierung von Programmen. Darüber hinaus publiziert KFP regelmäßig Studien zu aktuellen wirtschaftlichen Themen. KREUTZER FISCHER & PARTNER arbeitet international, mit Fokus auf die DACH-Region.

KREUTZER FISCHER & PARTNER | Andreas Kreuzer Consulting e.U

Büro: A-1070 Wien – Wimbergergasse 14-16

Kontakt: Sabine Hengster | Tel: 01/470 65 10-11 | Email: sh@kfp.at